

Münchner Sicherheitskonferenz verändern!

Unsere Vision ist eine Münchener Konferenz für Friedenspolitik

Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy



Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 21 • Februar 2026

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, was sind das für verrückte Zeiten, in denen menschliche Sicherheit mehrheitlich nur noch in Stärke, Macht, Überlegenheit bei Waffen und im gefährlichen Droh- und Abschreckungspotenzial gesehen wird? Ist das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit“ miteinander, statt gegeneinander (Olof Palme), völlig der Kriegslogik geopfert worden? Neben dem Leitartikel (→ S. 1), der sich für eine internationale Friedensbewegung ausspricht, wird auch in den anderen Beiträgen aufgezeigt, wie gefährlich die militärische Eskalation in Europa und USA (→ S. 7), aber auch in Gaza (→ S. 5) ist. Hat in dieser geradezu hysterischen Atmosphäre des Waffenrausches, wo viele Länder ihre Rüstungsausgaben nahezu verdoppeln, eine Stimme, die zur „Gewaltfreiheit“ aufruft (→ S. 11), überhaupt noch eine Chance, gehört zu werden? Müssten wir nicht alle friedensstüchtig werden, statt kriegstüchtig, um die existenziellen Probleme der Menschen gemeinsam zu bewältigen? Fabian Scheidler zeigt diese Dringlichkeit in seinem Buch „Friedensstüchtig“ (→ S. 15) auf und deshalb müsste es vor allem schon in den Schulen besprochen werden, statt die Bundeswehr in den Unterricht zu holen (→ S. 6). Dabei könnte auch analysiert werden, wie sehr unsere sogenannte „regelbasierte Ordnung des Westens“ (→ S. 13) auf Lügen und Doppelmoral aufgebaut ist. Es bleibt zu hoffen, dass die Friedensbewegung wieder erstarkt, um gegen neue Mittelstreckenwaffen (→ S. 14) und die Militarisierung auch der Zivilgesellschaft aufzustehen. Sind Sie dabei? Ihre Meinung dazu ist uns wichtig!

Erwin Schelbert

Das kleine Portrait:

Nihon Hidankyo



Die 600.000 Überlebenden des Atombombenabwurfs auf Japan werden Hibakusha genannt.

Lange Zeit wurde ihr Schicksal verschwiegen. Die Organisation **Nihon Hidankyo** kämpft seither für soziale und wirtschaftliche Rechte aller und besonders auch für die Ächtung sämtlicher Atomwaffen.

2024 bekam sie für ihren kompromisslosen Einsatz den Friedensnobelpreis.

Das erinnert uns nachdrücklich daran, dass wir, auch zur nuklearen Abschreckung den Besitz keiner einzigen Atomwaffe zulassen dürfen. Nihon Hidankyo bleibt ein Symbol des Widerstandes.

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Die Waffen nieder!
- S.3 Beobachter MSC
- MSKv parallel zu MSC
- S.4 MPM u. MSC-Beobachtung 2025
- S.5 Phoenix-Gaza-Framework
- S.6 Wehrpflicht-Friedenspflicht
- S.7 Militarisierung als Bedrohung
- S.8 China—Friedensmacht?
- S.9 25 Jahre UN-Resolution 1325
- S.10 Aufrüsten für den Wohlstand?
- S.11 Aktive Gewaltfreiheit
- S.12 Cyberwar-Cyberpeace
- S.13 Regelbasierte Ordnung ?
- S.14 Mittelstreckenangriffswaffen
- S.15 Buch: Scheidler “Friedensstüchtig”
- S.16 Projektziele, Termine, Impressum

„Die Waffen nieder!“

„Im Krieg passieren seltsame Dinge“, fasst der US-amerikanische Präsident **D. Trump** Ende August 2025 seine Erfahrungen mit dem russischen Präsidenten **W. Putin** zusammen. Jedes Gespräch, das er mit Putin führt, sei „ein gutes Gespräch“. „Und dann wird leider eine Bombe nach Kiew oder irgendwo anders geschickt, und dann werde ich sehr wütend darüber“, so Trump.

Die Büchse der Pandora wurde geöffnet, der Krieg ist ihr entsprungen, Freund-Feind-Bilder prägen das Denken. Differenzierungen, Diplomatie und Dialog erscheinen überholt. Es herrscht **Kriegslogik**, die nur Sieger oder Verlierer kennt. Verhandlungsbereitschaft der einen Seite wird von der Gegenseite als Eingeständnis von deren Schwäche interpretiert. Wer stärker ist, hat recht. Und wie schon der preußische Generalfeldmarschall H. v. Moltke wusste: Ist ein Krieg einmal ausgebrochen, entwickelt er eine Eigendynamik, die ihn zunehmend unkontrollierbar macht. Einen Krieg zu beginnen, ist offensichtlich deutlich leichter, als ihn zu beenden.

Trump selbst setzt allerdings ebenfalls auf Brutalität und Gewalt. Im September 2025 hat er das US-Verteidigungsministerium in „Kriegsministerium“ umbenannt. Die Entführung des venezolanischen Präsidenten N. Maduro und seiner Ehefrau durch US-Truppen am 3.1.2026 wirkt dann nur konsequent. Senator R. Gallego von den US-Demokraten klagte: „Es ist beschämend, dass wir uns vom Weltpolizisten zum Weltmobber entwickelt haben.“



Foto: MSKv

Wie konnte es zu dieser Situation kommen? Ist Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine an allem schuld? Oder auch der terroristische Überfall der Hamas auf ein Festivalgelände in Israel?

So einfach ist es wohl nicht. Die **Münchener Sicherheitskonferenz** (MSC) weist im September 2024 in einem beachtenswerten Report mit dem Titel „Standard Deviation“ auf die westliche Doppelmoral bezüglich der internationalen Regeln hin: „Den USA und den europäischen Ländern bleibt nichts anderes übrig, als den weit verbreiteten Vorwurf der Heuchelei ernster zu nehmen. Wenn sie ihr

Fortsetzung S. 2►

► Fortsetzung von Seite 1:

Verhalten und ihren Diskurs nicht anpassen, wird der Zionismus gegenüber der regelbasierten Ordnung wachsen.“ Dieses begrüßenswerte Eingeständnis erfolgte allerdings vor der erneuten Wahl von Trump zum US-Präsidenten. Anders als seine Vorgänger bemüht dieser sich jetzt nicht einmal mehr, den Schein völkerrechtlicher Korrektheit zu wahren, siehe seine Begehrlichkeiten bezüglich Grönland. Die erschütternden Zeitumstände zwingen dazu, grundsätzliche Fragen zu stellen: Haben wir vielleicht die auf der Welt stattfindenden Kriege in den letzten Jahrzehnten einfach übersehen? Weil sie weit weg stattfanden oder weil der Westen sich seiner grundsätzlichen Dominanz gewiss war? **Liegt die Ursache des Kriegs nicht einfach in der Natur des Menschen?** Sind wir zum Krieg verdammt?

Eine weitverbreitete Sichtweise! Schon der Begründer der Psychoanalyse **S. Freud** ging von einer „primären Feindseligkeit der Menschen gegeneinander“ aus. Der Historiker R. Bregman untersucht in seinem mutmachenden Buch „Im Grund gut“ diverse Belege für diese Bösartigkeit des Menschen – und widerlegt sie! So deckt er beispielsweise auf, dass das weltbekannte Stanford-Prison-Experiment des Psychologen P. Zimbardo manipuliert war. Die angeblich durch ihre Rolle als Gefängniswärter zu Sadisten gewordenen Versuchspersonen waren vorab entsprechend angeleitet worden! J. Bauer, Neurobiologe und Psychotherapeut, entlarvt in „Schmerzgrenze“ den sogenannten Aggressionstrieb als einen Mythos. Aggression entstehe in der Evolution vielmehr, um Schmerz – und beim Menschen auch Demütigung und soziale Ausgrenzung – abzuwehren. Der Evolutionsbiologe C. v. Schaik, der Archäologe H. Meller und der Historiker K. Michel untersuchen gemeinsam „Die Evolution der Gewalt“ und kommen zu dem Ergebnis: „Der Krieg ist uns zur zweiten Natur geworden. Wir halten ihn für natürlich, aber er ist nur eine kulturelle Errungenschaft.“ „99 Prozent der Evolution kamen Menschen ohne ihn aus.“ Der Erfolg des Menschen in der Evolution beruhe vor allem auf seiner Fähigkeit zu Kommunikation und Kooperation. **A. Adler**, Kollege und Konkurrent von S. Freud, fasste dieses positive Menschenbild in den Begriff „Gemeinschaftsgefühl“. Er verstand darunter sowohl eine grundlegende soziale Anlage des Menschen als auch einen ethischen Auftrag mit dem Ziel einer „idealen Gemeinschaft der ganzen Menschheit“.

Passend dazu erklärt der 27-jährige Podcaster O. Nymoen, „dass sich meine Solidarität nicht nur auf diejenigen erstreckt, die in denselben Staatsgrenzen leben wie ich.“ In seinem Büchlein „Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde“ erläutert er, dass er sich vom Staat nicht in ein „Tötungswerkzeug“ verwandelt lassen will. Die Behauptung, das Sicherheitsinteresse eines Staates falle notwendig mit dem seiner Untertanen zusammen, hält er für absurd.

Doch auch in Deutschland, das nach seinem Grundgesetz „dem Frieden der Welt dienen“ will, ist eine „Kultur der militärischen Zurückhaltung“, wie sie 2012 noch vom da -

maligen Außenminister G. Westerwelle verteidigt wurde, schon lange der Forderung nach „Kriegstüchtigkeit“ (B. Pistorius) gewichen.

War die Menschheit nicht schon weiter? Im Jahr 1945 wurden die **Vereinten Nationen** gegründet, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“ (UN-Charta). Allerdings verhinderte der heraufziehende Kalte Krieg eine konstruktive Kooperation der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats. Die in der Charta vorgesehenen Truppen zur Friedenserzwingung unter direktem UN-Kommando wurden z.B. nie aufgestellt. Der UNO ist es aber – anders als ihrer Vorgängerinstitution, dem Völkerbund (1920 – 1946) – zumindest gelungen, dass bisher keiner der mächtigsten Staaten der Welt die Organisation verlassen hat – vermutlich Folge von deren alleinigem Vetorecht im Sicherheitsrat. Und die jährliche UN-Generalversammlung, in der 193 Staaten eine Stimme haben, repräsentiert in einzigartiger Weise die Weltöffentlichkeit und bietet so selbst für Politiker wie Trump eine verlockende Bühne.

Letztlich ist es eine politische Entscheidung, wie viel Macht an eine globale Institution wie die UNO übertragen wird. **H. Grotius** (1625) und **I. Kant** (1795) sind die philosophischen Stammväter dieser Vision. Die internationale Friedensbewegung des 19. Jahrhunderts verschaffte diesen Konzepten eine breitere Öffentlichkeit. Dazu trugen insbesondere die österreichische Pazifistin **B. v. Suttner** und ihr Roman „Die Waffen nieder!“ (1889) bei, dem bis zum Erscheinen von **E. M. Remarques** „Im Westen nichts Neues“ (1929) wichtigsten Werk der Antikriegsliteratur. Als Friedensaktivistin setzte v. Suttner sich unermüdlich für ein sofortiges Ende des Wettrüstens ein, verlangte die Verkleinerung der Militärausgaben und die Einsetzung Internationaler Schiedsgerichte. Eine Folge der politischen Aktivitäten der pazifistischen Bewegung waren die beiden Haager Friedenskonferenzen (1899, 1907). Sie führten zur Einrichtung des – noch heute bestehenden – **Ständigen Schiedshof** in Den Haag zur friedlichen Beilegung internationaler Konflikte: ein entscheidender Schritt zu einer internationalen Rechtsordnung, der zeigt, dass pazifistisches Engagement sich lohnt! Allerdings: Ein breiter Bewusstseinswandel vom Nationalismus („America first!“, „Make China great again!“, „Russland als Weltmacht!“) zum gemeinsamen Einsatz als Weltbürger/innen für diesen einzigartigen Planeten benötigt Generationen.

Wie plakatierten doch 1969 **J. Lennon** und **Y. Ono** weltweit in mehreren großen Städten: „War is over – if you want it!“ Ja, Hoffnung besteht, wenn wir mit langfristiger Perspektive im Friedensengagement nicht nachlassen. Konkrete zivilgesellschaftliche Kampagnen können eine erstaunliche Wirkung entfalten, gerade wenn sie gewichtige Unterstützung aus der Politik finden, siehe Atomwaffenverbotsvertrag und Österreich. Costa Rica kommt seit 1949 ohne eigene Armee aus! Seit 2003 verfolgt Katar

► Fortsetzung von Seite 2:

„die Förderung der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten“ als Verfassungsauftrag! Es braucht mehr Politiker/innen – und auch Religionsführer/innen – die sich nicht nur um ihre eigenen Anhänger/innen kümmern, sondern Verantwortung für die Weltgemeinschaft übernehmen – auch auf der MSC!

Gerade heute ist eine starke, über alle nationalen Grenzen hinweg vernetzte Friedensbewegung notwendig, die die öffentliche Meinung prägen und von der Politik ernst genommen werden kann. Der Übergang von einer vom Westen dominierten zu einer multipolaren Welt bietet große Chancen für eine friedliche, faire und nachhaltige Weltinnenpolitik. Es gilt, neu entstehende Polarisierungen und Feindbilder – z.B. gegenüber China – zu hinterfragen. Der Theologe **H. Küng** öffnete mit seinem „**Projekt Weltethos**“ als gemeinsamer ethischer Grundlage aller Weltreligionen, einschließlich des chinesischen

Konfuzianismus, bereits ab 1990 entsprechende Türen. Auch unsere kleine Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ e.V., die sich seit 20 Jahren um den Dialog mit den Verantwortlichen der MSC und die Vision einer *Münchener Konferenz für Friedenspolitik* bemüht, wirkt an der Internationalisierung der Friedensbewegung mit. Durch unser jährliches **Munich Peace Meeting** (MPM) haben wir seit 2019 eine wichtige (Online-) Begegnungsmöglichkeit von Friedenswissenschaft, Friedensarbeit, Friedensbewegung mit dem Team der MSC geschaffen. Im Herbst 2025 fand nun das MPM erstmals in englischer Sprache und mit internationaler Beteiligung statt. Wir sind überzeugt, dass solche Impulse nicht ganz wirkungslos bleiben werden. Ein A. Adler zugeschriebenes Zitat ermutigt mich dabei: „Wer die Menschen für gut hält, macht sie besser.“

Thomas Mohr, Psychoanalytiker und Vorsitzender MSKv



Natalia Jagolski

Als Junior-Dozentin für Sicherheitsstudien an der Universität Leiden und als Fürsprecherin der Jugend-, Friedens- und Sicherheitsagenda (YPS) erlebe ich, dass Sicherheit als ein Thema wahrgenommen wird, das zu ernst sei, um junge Menschen mit einzubeziehen. Gleichzeitig wachsen Erwartungen, dass die junge Generation Verantwortung für nationale Verteidigung übernehmen soll. Sowohl als Jugendbeobachterin beim Peacekeeping Ministerial und Young Peacebuilder bei der 2. EU YPS-Konferenz bleiben die praktische Umsetzung von Jugendbeteiligung und die Begegnung auf Augenhöhe eine Herausforderung. In Zeiten, in denen die regelbasierte internationale Ordnung infrage gestellt, und der Sicherheitsbegriff zunehmend militärisch definiert wird, ist es daher umso wichtiger, generationengerechte Ansätze für Frieden und Sicherheit zu fördern. Daher bin ich gespannt, wie sich dieser Paradigmenwechsel auf der MSC widerspiegeln wird, und erhoffe mir, dass junge Menschen als Friedensakteure ernst genommen werden.



Inga Blum

Als Co-Präsidentin der Internationalen Ärztinnen und Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) möchte ich auf der MSC Gespräche über die wachsende Atomkriegsgefahr führen. Die IPPNW hat seit den 1980er Jahren durch wissenschaftliche Aufklärung über die humanitären Folgen von Atomwaffen zu Abrüstung und Entspannung beigetragen und wurde dafür 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Die von der IPPNW gegründete Kampagne ICAN hat den Atomwaffenverbotsvertrag auf den Weg gebracht.

Angesichts aktueller Kriege und Konflikte, der neuen Aufrüstung aller Atomwaffenstaaten und dem Verlust von Rüstungskontrolle ist das Risiko eines Atomkriegs hoch. Um den gefährlichen

Glauben an Sicherheit durch atomare Abschreckung zu überwinden, ist die humanitäre Botschaft der IPPNW unverändert wichtig. Der demokratisch beschlossene Atomwaffenverbotsvertrag, der bereits von über 70% der Staaten in den Vereinten Nationen unterstützt wird, bietet eine alternative Sicherheitsperspektive.

Unsere Projektgruppe am MSC-Wochenende

Am Wochenende **13. bis 15. Februar 2026** werden die Mitglieder und Unterstützer/innen unseres Vereins wieder vielfältig engagiert sein:

Inga Blum und **Natalie Jagolski** werden uns als **Beobachterinnen bei der MSC** vertreten und bei unserer **Veranstaltung am Sonnagnachmittag** von ihren Eindrücken berichten.

Matthias Linnemann vertritt uns im Team der **Internationalen Münchener Friedenskonferenz**, die als inhaltliche Alternativveranstaltung zur MSC erneut ein sehr interessantes Programm für die Öffentlichkeit bieten wird.

Werner Heinrich hat an den Vorbereitungstreffen der **Anti-Siko-Demo** teilgenommen. Auch wenn wir den Titel des Aufrufs „Stoppen wir den Rüstungswahnsinn!“ begrüßen, empfinden wir doch manche Formulierungen als zu undifferenziert, so dass wir den Demoaufruf in diesem Jahr als Verein nicht unterstützen werden. Wie in den letzten Jahren haben wir jedoch einen eigenen Aufruf verfasst. An der Demo und an der **Protestkette durch die Fußgängerzone** werden einige von uns als Einzelpersonen teilnehmen. Die Friedensdemo anlässlich der Sicherheitskonferenz macht sichtbar, wie viele Initiativen und Organisationen sich das ganz Jahr über für eine friedlichere und gerechtere Welt engagieren. Die zur MSC so zahlreich nach München angereisten Medien können darüber weltweit berichten.

Markus Brunnhuber wird für uns auch in diesem Jahr im Rahmen der **Gebetskette in der Bürgersaalkirche** eine gemeinsame Stunde mit Pax Christi gestalten.

Wir freuen uns, Sie und euch bei diesen Aktivitäten zu treffen!

Details: www.mskveraendern.de – Termin- und Ortsangaben: siehe letzte Seite!

Thomas Mohr, Vorsitzender MSKv

Munich Peace Meeting 2025 – From Peacelessness to Peace-Ability

Das 7. Munich Peace Meeting mit zwei Online – Foren war nach Ansicht aller Mitwirkenden ein voller Erfolg. Feedbacks wie: „Es gibt mir viel Hoffnung, gewaltfreie Friedensarbeit in Aktion zu sehen“, „Ich schätze das Interesse und die Transparenz des MSC Teams sowie die Beteiligung vieler internationaler Friedensaktivisten“ spiegeln die Essenz dieses intensiven Austauschs. Zur zentralen Frage – wie kann Friedensfähigkeit gestärkt werden auf internationaler Ebene von Politik und Diplomatie, in einer Welt zunehmender Konflikte und Aufrüstung - wurden aus der praktischen Erfahrung der Aktiven konkrete Handlungsimpulse an die MSC übergeben.

60 Teilnehmende aus 20 Ländern aus den Bereichen Friedensaktivismus, internationale Friedensinstitutionen und Friedenswissenschaft brachten sich in vier Arbeitsfeldern ein: die Rolle von Frauen in der Friedensarbeit, der Einfluss von Religion und Tradition auf Frieden, der Beitrag gewaltfreier Aktionen zur Friedensförderung und die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und Inklusion als Fundament nachhaltigen Friedens.

Was an der Basis in den jeweiligen Regionen der Expert:innen funktioniert, das kann als Blaupause für weltweite Friedensarbeit gelten. So könnte eine MSC sich weiterentwickeln: **mehr Friedensfähigkeit und internationale Diplomatie**. Durch professionelle Moderation konnten unterschiedlichste Expertisen gleichwertig nebeneinander bestehen und daraus konkrete Ideen für die Sicherheitskonferenz 2026 entwickelt werden:

- **Frauen** auf allen Panels einen Platz einräumen
- **Religionen & Traditionen** für Konfliktbearbeitung wichtiger nehmen
- Neuausrichtung: Wie können Europa und China im Hinblick auf Friedenssicherung voneinander lernen
- **Aktive Gewaltfreiheit** als Normsetzung auf der MSC – für eine nachhaltige Sicherheitspolitik
- Strategische Unterstützung der MSC durch rechtliche, diplomatische und logistische Impulse
- **Globale Gerechtigkeit** als Basis des Weltwirtschaftssystems: sozialer Ausgleich, Nachhaltigkeit und Inklusion

Dunja Müller, MSKv

Bericht unserer Beobachterin auf der MSC 2025

Während die Vorbereitungen für die 62. Münchener Sicherheitskonferenz noch laufen, lohnt sich ein Blick zurück auf die Veranstaltung des letzten Jahres. Bereits im Vorfeld war eine historische Konferenz vorhergesagt worden – eine Einschätzung, die sich direkt am Eröffnungstag durch die Rede des US-Vizepräsidenten JD Vance bestätigte.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Konflikte in der Ukraine, in Palästina oder Iran sowie zunehmenden Spannungen innerhalb der USA stellt sich die Frage, welchen Fokus die kommende MSC setzen wird. In den vergangenen Jahren verfolgte die Konferenz einen erweiterten Sicherheitsbegriff, der neben militärischen Fragen auch Aspekte der menschlichen Sicherheit und ökologischen Nachhaltigkeit einbezog. So wurde im Februar 2025 über klimabedingte Migration, über Demokratie und Ernährungssicherung diskutiert. Ebenso fanden internationale Krisen und humanitäre Notlagen Beachtung, etwa die Situation im Sudan, in Haiti und in der Demokratischen Republik Kongo.

Besonders präsent war jedoch die Debatte um die militärische Stärkung der EU vor dem Hintergrund einer zunehmend unzuverlässigen US-Politik. Ebenso gab es Panels zu hybrider Kriegsführung, den sicherheitspolitischen Implikationen Künstlicher Intelligenz und der zukünftigen Rolle von Atomwaffen. Auch beim Thema Nachhaltigkeit standen quantitative Analysen und der Zugang zu kritischen Rohstoffen im Mittelpunkt, während Fragen nach Verantwortung, Klimarechtigkeit und kolonialen Kontinuitäten in den Hintergrund traten.

Welche Themen prominent platziert werden und welche Akteur*innen Zugang zur MSC erhalten, entscheidet darüber, welche Perspektiven auf der Konferenz Gehör finden. Wie bereits in den Vorjahren waren auch zuletzt Rüstungsunternehmen unter den Sponsoren und Teilnehmenden vertreten. Gerade jetzt wäre es allerdings dringend notwendig, marginalisierten Stimmen – darunter People of Color, LGBTQI+-Communities und Vertreter*innen indigener Nationen – mehr Raum zu geben. Ihr Wissen könnte wichtige Impulse für neue sicherheitspolitische Ansätze liefern, die über rein militärische Lösungslogiken hinausgehen.

Alessia Neuner



Wiederaufbau Gaza – fremdbestimmt? Neuer Keim eines Dauerkonfliktes?

Gaza existiert eigentlich nicht mehr – ein entstellter Torso, besetzt, zerstört, ausgehungert, durch Massentötungen dezimiert, zutiefst verwundet. Die Bilder, die zu uns dringen, und die Schilderungen der dort Überlebenden übersteigen das Ausmaß an Vorstellungskraft, wie dort in einer Wüstenei überhaupt je wieder Leben, vor allem menschenwürdiges Leben möglich sein soll.

Über 60.000 Tote, darunter 30.000 Kinder (wer kennt die Zahlen schon genau?), eine Trümmerwüste durch Zerstörung von 80 bis 90% der Wohnhäuser, Straßen, Bildung- und Gesundheitseinrichtungen, man schätzt ca. 55 Millionen Tonnen Schutt – Folgen der 40.000 israelischen Angriffe. Dass da kaum eine Kläranlage, ein Brunnen, eine Entsalzungsanlage verschont wurde, verwundert nicht. Wie soll da noch irgendeine Landwirtschaft möglich sein, angesichts einer zerstörten Wasserversorgung, tausender todbringender Blindgänger, vergifteter Böden durch freigesetzte Chemikalien. Die Litanei des Chaos ließe sich beliebig fortsetzen, vom Leid der Bevölkerung ganz zu schweigen.

Wie soll da ein Wiederaufbau möglich sein? Abgesehen von den gigantischen Kosten – Schätzungen benennen über 100 Milliarden \$ - unter welchen politischen Rahmenbedingungen kann so ein Aufbau stattfinden, ohne dass durch Fremdbestimmung erneut der Keim eines zukünftigen Konfliktes gesät wird?

Der **20-Punkte-Plan** von Präsident **Trump** dürfte dazu wenig geeignet sein, auch wenn er mit einer Resolution des UN-Sicherheitsrates bestätigt wurde. Nicht einmal der 2. Punkt nach der Übergabe aller israelischen Geiseln wurde erfüllt: das israelische Militär besetzt weiter einen Teil des Gebietes, statt einer Feuerpause werden die Kampfhandlungen fortgesetzt, so dass weiter Hunderte Palästinenser*innen sterben und die Hilfslieferungen werden immer wieder ver- oder behindert.

Auch wenn die Entschiedenheit der USA, den Krieg im Nahen Osten zu beenden, prinzipiell positiv zu sehen ist, so erscheint schon die Konstruktion seines „**Friedensrates**“ für einen wirklichen Frieden ungeeignet. Die **Palästinensische Autonomiebehörde** ist dabei nicht vorgesehen, demokratische Wahlen werden nicht einbezogen und ein Vorsitzender Donald Trump, der das Völkerrecht mit Füßen tritt, kann eigentlich nur zum Scheitern der Friedensbemühungen führen. Noch immer

hegt Trump ja seine „**Riviera-Pläne**“, um aus Gaza ein neoliberales Geschäftsmodell mit Urlauberparadies zu machen. Die palästinensische Bevölkerung würde darin kaum einen Platz finden, selbst wenn Trump seine Umsiedlungspläne fallen lässt.

Die Autonomiebehörde hat da ganz andere Pläne: Westjordanland mit Gaza als eigener Staat vereinigt. Aber dagegen positionieren sich jetzt schon die israelische Regierung und die USA. Auch die Zukunft der Hamas ist dabei ungeklärt. Die geplante „**Stabilisierungstruppe**“ wird – wenn sie aufgrund des arabischen Widerstands

überhaupt zustande kommt – ohne die **Selbstbestimmung** der Palästinenser*innen kaum einen Rückhalt in der Bevölkerung finden.

Ein Lichtblick scheint das **Phoenix-Gaza-Framework** für den Wiederaufbau zu sein. Im Gegensatz zu ausländischen Plänen ist dieses Rahmenwerk in der sozialen Struktur Gazas verankert. Ein multidisziplinäres Konsortium

von palästinensischen Fachleuten, Wissenschaftlern, Gemeindevertretern und Basisorganisationen hat das leider international zu wenig beachtete - Projekt ausgearbeitet. Das Team hat hoch gesteckte Ziele: „*Wir sind entschlossen, Gaza durch menschenwürdige, von der Gemeinschaft geleitete Prozesse, die in Gerechtigkeit und Fürsorge verwurzelt sind, wieder aufzubauen.*“ In der Vision heißt es: „*Das Phoenix Gaza Recovery Framework setzt sich für eine lokal verankerte, glaubwürdige und rundum nachhaltige Vision ein, die Gaza wiederbelebt und in die Zukunft führt....*“. Mit einer sehr detaillierten Methodik wird ein „lebendiges Rahmenwerk“ vorgestellt, das kein statischer Plan sein will, sondern eine Plattform, die in mehreren Stufen lokale Eigenverantwortung und kontinuierliche Weiterentwicklung ermöglicht. Sehr überzeugend werden die Erfahrungen aus Politik, Tradition, Kultur, Recht, Medizin Architektur und Stadtplanung eingebracht, die auch gewachsene Strukturen im eigenen Lande berücksichtigen.

Es ist zu hoffen, dass dieser Plan auch vom Ausland und insbesondere von Deutschland unterstützt wird. Jede Form der Fremdbestimmung von außen, sowohl durch politische und militärische Einwirkung als auch durch ausbeuterische Investitionsprojekte wird nicht zur Befriedung Palästinas führen, sondern den Keim neuer Konflikte hervorrufen.



Foto: Phoenix-Gaza-Framework

Wehrdienstdebatte ohne Jugend - Eine Generation auf Armlänge Abstand

Die [Angst vor Krieg und Aufrüstung](#) beschäftigt Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland und Europa tagtäglich. Die aktuelle Wehrdienstdebatte weist auf einen Konflikt hin, der über Generationen hinausgeht. Sie zeigt nicht nur, wie eine Generation im Stich gelassen wird, sondern wie der Friedensdiskurs zu einem militärisch geprägten Sicherheitsdiskurs wird.

Einerseits wird erwartet, dass junge Menschen sich für Deutschland militärisch einsetzen. Andererseits stellt man die ["Gen Z" als gesellschaftliches Problem](#) dar, und Themen, die der jungen Generation am Herzen liegen, werden konsequent ignoriert. Bereits während der „Fridays for Future“-Bewegung, doch spätestens seit der Pandemie wird deutlich, dass die Belange junger Menschen auf taube Ohren stoßen. Während der Pandemie berichteten [71% der Kinder und Jugendlichen](#) von starken mentalen Belastungen. Doch während sich die mentale Gesundheit Jugendlicher verschlechtert, werden Gelder u. a. für das nachweislich effektive Projekt „[Mental Health Coaches](#)“ gestrichen. Zudem geben deutschlandweit über [64% der Schulleitungen an](#), dass Sanierungsbedarf in ihren Schulen besteht. Auch in außerschulischen Bildungsräumen werden Gelder für Demokratieförderprogramme, wie in dem Fall des Bundesprogramms „[Demokratie leben!](#)“ in Salzwedel, unter dem Vorwand der [politischen Neutralität](#) aktiv abgelehnt. Solche Entscheidungen erklären, warum [79% der Jugendlichen](#) angeben, dass sich Politikerinnen und Politiker nicht ausreichend für ihre Bedürfnisse einsetzen.

Auch bei der aktuellen Wehrdienstdebatte [bleiben junge oder skeptische Stimmen oft aus](#). [Jugendverbände](#) kritisieren, dass Diskussionen ohne ihre Mitsprache geführt werden. Zwar berichten Medien von einer vermeintlichen Mehrheit für die Wehrpflicht, doch bei genauerem Hinsehen findet sich diese [Mehrheit nicht in der Altersgruppe, auf die es eigentlich ankommt](#). Bereits die 2019 verabschiedete Jugendstrategie wies darauf hin, dass Menschen zwischen [18 und 27 Jahren nur 8% der Wahlberechtigten ausmachen](#) und politische Debatten daher überwiegend ältere Wählergruppen ansprechen. Trotz jahrelanger Dialogprozesse und konkreter Handlungsstrategien, die im Rahmen des [Nationalen Aktionsplans](#)

für Kinder- und Jugendbeteiligung erarbeitet wurden, werden diese Empfehlungen nicht bei der Wehrdienstdebatte herangezogen. Daher könnte man meinen, dass bestehende Versprechen gegenüber der Jugend mutwillig ignoriert werden.

Zeitenwende – Militärischer Sicherheitsbegriff statt Sozialer Vertrag

Die Einführung eines Gesellschaftsjahrs ist keine neue Idee. Soziale Dienste wie das [Freiwillige Soziale Jahr](#) bleiben trotz ihrer Systemrelevanz unterfinanziert, werden jedoch als positives Beispiel für gesellschaftliches Engagement angeführt. Ein [FSJ-Taschengeld von rund 450€](#) ist jedoch nicht mit den geplanten [2600€ brutto im Wehrdienst](#) vergleichbar. Diese finanzielle Asymmetrie und die ethische Fragwürdigkeit, die mit einer militärischen Ausbildung einhergeht, zeigen deutlich, dass kein generationsübergreifender sozialer Vertrag im Fokus steht, sondern ein militärisch geprägter Sicherheitsbegriff.

Es bleibt fraglich, ob die Bundeswehr [über ausreichende Kapazitäten](#) verfügt, um mehr Soldatinnen und Soldaten aufzunehmen. Zudem erfolgt das Versenden der Fragebögen zum Wehrdienst vor dem Hintergrund weiterer Skandale, die auf [strukturelle Probleme und eine Kultur von Sexismus und rechtem Gedankengut](#) hinweisen. Es ist daher unverantwortlich zu verlangen, dass junge Menschen dieses System in seiner jetzigen Form aufrechterhalten. Daher organisierten Schülerinnen und Schüler



Foto: © [19](#), Dezentrale Kassel, lizenziert unter CC BY 4.0.

Schulstreiks in [über 90 Städten](#) und in mehr als 30 Städten formierten sich Bündnisse gegen die Wehrpflicht, inklusive [München](#).

Zwar bleibt die Verweigerung des Wehrdienstes möglich, doch diese Debatte ist kein isoliertes Thema. Sie steht für einen Wandel im Verständnis von Generationengerechtigkeit und Sicherheit. Ein Fragebogen oder intransparente Statistiken können keinen deliberativen Prozess ersetzen. Stattdessen muss Deutschland seine Versprechen gegenüber der jungen Generation ernst nehmen, um zukunftsfähige Entscheidungen zu treffen.

Militarisierung Europas – gefährliche Eskalation der Bedrohungslage

So intensiv wirkt das Kriegsbedrohungsnarrativ der Politik und der Medien: Laut Umfrage (INSA und Shell-Jugendstudie) haben 81% der jungen Menschen Angst vor einem Angriffskrieg durch Russland. Wenn dann noch die deutschen Geheimdienste lauthals warnen „*Wir stehen jetzt schon im Feuer..*“ (Jäger BND) und die Politiker*innen auch kräftig nachlegen „*...der Russe steht vor der Tür*“ (Jens Spahn), dann klingt das schon bedrohlich. Auch populistische Wissenschaftler verstärken mit subjektiver Einschätzung der Lage die Ängste emotional: „*...vielleicht der letzte Sommer, den wir noch im Frieden erleben.*“ (Sönke Neitzel). Beste Gelegenheit für die Medien, alles immer wieder aufzukochen: „*Putin spielt mit dem Weltkrieg*“ (Bild), „*Putins teuflischer Plan...*“ (Tagesspiegel), „*Putin Angriff auf NATO-Gebiet – ab 2026?*“ (FR).

Diese geschürte Kriegsangst führt zu nahezu paranoiden Zuständen in der Gesellschaft. Die permanente Perpetuierung des nie rational untersuchten Bedrohungsszenarios in allen Kanälen der Medien, schafft in den Köpfen der Menschen ein irrationales Angstsyndrom mit einem verfestigten Feindbild Russland, das für faktenbasierte, rationale Argumentation nicht mehr zugänglich ist. („Metaphysik des Militärischen“)

Unbestritten, Russlands Angriff auf die Ukraine war völkerrechtswidrig. Aber heißt das, dass Putin sich „*gegen die regelbasierte Weltordnung als Ganze*“ (Koalitionsvertrag) richtet und deshalb als das Böse schlechthin anzusehen ist? In dieser moralischen Aufladung des Konflikts ist dann der Westen offenbar der Gute, der zur Rettung der Weltordnung einen gerechten Krieg führen muss. Dass dieser vermeintlich gute Westen in der Vergangenheit vielmals und immer wieder, diese regelbasierte Ordnung verletzt, ja mit Füßen getreten hat, bleibt dabei ausgeblendet (Doppelstandards).

Im kriegslogischen Denken unserer Regierung, allen voran bei Verteidigungsminister Pistorius, kann diese Sichtweise natürlich nur zu einer Konsequenz führen: Wir müssen „*kriegstüchtig*“ werden, müssen aufrüsten, brauchen neue und mehr Waffen und viel mehr Soldaten. Manfred Weber (CSU, EU-Parlament) fordert gar die Umstellung auf „*Kriegswirtschaft*“. Wenn solche Bedrohungssängste wirklich in den Köpfen manifestiert sind, dann lässt sich auch eine gigantische Aufrüstung trickreich finanzieren, trotz leerer Kassen, trotz Schuldenbremse, trotz dringendem Klimaschutz und sanierungsbedürftiger Infrastruktur, usw.!

Wenn dann die Mittel bewilligt sind, euphemistisch „*Sondervermögen*“ genannt, 100 Milliarden für die Bundeswehr, 500 Milliarden für die kriegsrelevante Infrastruktur, ein Milliardenrausch „*what ever it takes*“, also unbegrenzt, dann kennt auch die Militarisierung keine Grenzen:

Rüstungshaushalt von 2% über 3,5% bis auf 5% des BSP, **Bundeswehr** um 80.000 **Soldat*innen** aufstocken, 200.000 **Reservist*innen** mobilisieren, **Kasernenneubau**,

neue **Waffenfirmen**, 35 neue **Kampfflugzeuge** F35A (auch als Atomwaffenträger), **Operationsplan** Deutschland (geheim) umsetzen, den **Zivilschutz** kriegstauglich machen (Bunkerbau, Schutzraumbau, Warnanlagen, Noteinrichtungen, Krankenhäuser für 1000 Opfer pro Tag, Aufbau von Heimatschutzregimentern), Einrichtung des **Wehrdienstes**, Einführung des **Veteranentags**, **Bundeswehr in Schulen**, **Zivilklausel** der Universitäten canceln.....

Und der **Gipfel der Aufrüstung**: Die geplante Stationierung von modernsten **Hyper-Mittelstrecken-Angriffswaffen** der USA mitten in Deutschland. Eigentlich ein Wahnsinn, weil sie damit ein vorrangiges Angriffsziel in unserem Land darstellen (siehe Seite 14).

Diese ganze ungeheure Aufrüstung soll also nur dazu dienen, einen russischen Angriff auf Deutschland abwehren zu können? Obwohl alle Fakten eigentlich deutlich machen, dass Russland keinen derartigen Angriff plant und dazu auch gar nicht in der Lage wäre! Die 17 US-Geheimdienste bestätigen dies, auch von Russland wird dies immer wieder betont. Eine Studie von Greenpeace weist nach, was auch erfahrene Militärvertreter analysieren: **Die NATO, aber schon NATO-Europa, ist dem kriegsgeschwächten Russland vielfach überlegen, militärisch, strategisch, technologisch, wirtschaftlich, so dass ein Angriff auf ein NATO-Land geradezu selbstmörderisch wäre.** Wir in Deutschland und ganz Europa („*Rearm Europe*“) machen diese gigantischen Aufrüstungsanstrengungen nur, um Russland abzuschrecken, uns anzugreifen, obwohl dies ein Hirngespinst ist?

Noch schlimmer: Diese gewaltige Abschreckung führt im Gegenteil gerade dazu, dass Russland auch auf- und nachrüsten muss, um einer derartigen Bedrohung zu begegnen – eine heillose Eskalation wird dadurch in Gang gesetzt, die nicht mehr Sicherheit bringt, sondern mehr Instabilität. Es verleitet Russland dazu, präventiv die westlichen Angriffswaffen auszuschalten, bevor es selbst von einer derartigen Übermacht angegriffen wird.

Erst die ungebremste Militarisierung Deutschlands und der NATO führt also zu einer gefährlichen Eskalation, die dann auch für uns in Deutschland tatsächlich zu einer unkalkulierbaren Bedrohung wird.



Die einzige vernünftige und friedenslogische Konsequenz müsste deshalb heißen: **Abrüstung statt Aufrüstung**. Hierzu einen Beitrag zu leisten wäre die wichtigste Aufgabe der Münchener Sicherheitskonferenz.

China: Friedensmacht in einer multipolaren Welt?

Ein Dialogvorschlag an die MSC

Chinesische Friedenskonzepte finden sich bereits in dem konfuzianischen Klassiker „Buch der Riten“: Datong, die „Große Gemeinschaft“, die auf die Schaffung einer menschenzentrierten Politik zielt und Frieden durch innere Kultivierung, gerechte Führung und Vermeidung unnötiger Gewalt erreicht. Der Schlüssel liegt in der Vermeidung roher Gewalt in der Behandlung von Konflikten. Auch das traditionelle Staatskonzept des Tianxia („Alles unter dem Himmel“) wird von chinesischen Philosophen wieder als Vorschlag für eine Globalordnung thematisiert und zeichnet die Vision, die auf gemeinsamer Verantwortung und dem Wohl aller basiert.

Der Staatstheoretiker Kang Youwei (1858-1927) knüpfte daran an und klassifizierte Frieden als zentrales, erreichbares Ziel der Menschheit, das durch die Überwindung aller Trennungen – Nationen, Rassen, Geschlechter, Hierarchien – erreicht wird; der Krieg wird durch universelle Gleichheit, Gerechtigkeit, gemeinschaftliches Eigentum (keine Ausbeutung) und staatlich organisierte Erziehung (keine Familienkonflikte) eliminiert, um eine harmonische Welt ohne Diskriminierung und Kampf zu schaffen.



Das kulturelle China ist nicht auf der „Achse des Bösen“

Bundespräsident Steinmeier betont die Gemeinsamkeit mit europäischen Werten in einer Rede an der Sichuan-Universität in Chengdu/China 2018:



„Kang Youwei hat vor hundert Jahren die Utopie einer ‚großen Gemeinschaft‘ beschrieben, die die Grenzen von Nation, Rasse, Geschlecht und Hierarchie zu überwinden suchte... Die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft ist also kein westlicher oder östlicher, kein europäischer oder asiatischer, kein deutscher oder chinesischer Gedanke – sondern ein menschlicher!“

China wird heute undifferenziert als Teil einer „Achse des Bösen“ charakterisiert (mit Russland, Nordkorea und

Iran). Schon Bundeskanzlerin Merkel hat argumentiert, was China anbelange, so solle man eine differenzierte Haltung einnehmen: nicht nur nach Unterschieden suchen, sondern vor allem nach Gemeinsamkeiten. Und was spricht eigentlich gegen eine Suche nach einer auf Gemeinsamkeiten aufbauenden Realpolitik? Dialog über die bestehenden Probleme sowie Kooperation im Hinblick auf deren Lösung würden zunächst erfordern, dass beide Seiten von weiterer verbaler Aufrüstung Abstand nehmen, in gemeinsamen Dialogen Interessen und Unterschiede definieren sowie Richtlinien für Konfliktminderung und Kooperation festlegen.

3 Fragen an die Münchener Sicherheitskonferenz

Die Münchener Sicherheitskonferenz könnte Vorreiter eines konstruktiven Dialogs zum Thema China sein, der auf Augenhöhe Gemeinsamkeiten auslotet, etwa im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung der Welt und ihrer Ordnung. Dies ließe sich über Politiker hinaus zunächst in einem Dialog zwischen europäischen und chinesischen Wissenschaftler:innen erreichen, in dem Gemeinsamkeiten und Unterschiede von kulturellen Friedenskonzepten und Vorstellungen diskutiert werden. Ein solches Format könnte schon 2027 in die MSC integriert werden; mit folgenden Fragen im Mittelpunkt:

- In welcher Weise lassen sich in China Friedenskonzeptionen finden, die ein gemeinsames Fundament für globale friedliche Entwicklung und eine nachhaltige, gerechte Gestaltung der Weltordnung darstellen könnten?
- Welche Form der Weltordnung möchten China und der Westen für die Zukunft ausschließen?
- Welche konkreten Vorschläge für Dialogformate über den wissenschaftlichen Raum hinaus wären notwendig, um entsprechende Fragen der Gemeinsamkeiten stärker in den politischen Raum einzubringen?

Intellektuelle beider Seiten sollten zu Wort kommen: chinesische, die Europa gut kennen und europäische, die China gut kennen. Zugespitzt werden sollte eine solche Diskussion auf konkrete, praktische Vorschläge, d.h. die Frage, in welcher Weise sich Gemeinsamkeiten zwischen beiden Welten im Hinblick auf Frieden, eine unerwünschte Zukunft der Weltordnung und im Hinblick auf eine künftige Reformierung der Weltordnung sich über Kooperations- und Dialogformate in gemeinsames Handeln umsetzen ließen. Die Ergebnisse einer solchen Konzertierung sind auch für Diplomaten von Interesse, was der Intention der MSC als „diplomacy service providers“ entgegenkommt.

Prof. em. Dr. Thomas Heberer,
Institut für Ostasienwissenschaften,
Universität Duisburg-Essen



25 Jahre - Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit

Vor 25 Jahren wurde die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats, die Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) verabschiedet. Sie bekräftigte das Engagement der internationalen Gemeinschaft für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen als Friedensstifterinnen und erweiterte das Verständnis von Konfliktlösungen. Ja, Kriege betreffen Frauen direkt, doch die Agenda ging darüber hinaus: Sie forderte, dass Frauen eine Führungsrolle in Entscheidungen übernehmen, die das Leben ganzer Gemeinschaften prägen.

Die Wahrheit hinter der Agenda ist einfach und belegbar: Der Beitrag von Frauen ist für dauerhaften Frieden unerlässlich: „Wenn Frauen führen, folgt Frieden.“

In einer Epoche, in der Konflikte wieder auf einem hohen Niveau auftreten, drohen die Fortschritte in der Gleichstellung von Frauen durch politische Akteure und finanzielle Kürzungen zu verschwinden. Die Realität zeigt zudem auch, wie schwierig es bleibt, Frauen in Konflikten zu schützen und in Friedens- und Sicherheitsprozesse zu integrieren. 2023 verdoppelte sich die Zahl der in bewaffneten Konflikten getöteten Frauen im Vergleich zum Vorjahr. Fälle von konfliktbedingter sexualisierter Gewalt nahmen um 50 Prozent zu. Jeden Tag sterben rund 500 Frauen und Mädchen in konfliktbetroffenen Ländern an Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt. Trotz dieser alarmierenden Trends bleibt die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen erschreckend gering. Im Oktober 2024 war keine der acht UN-Friedensmissionen unter weiblicher Führung. Frauen stellten nur 8,6 Prozent des Militärpersonals in Friedensoperationen und lediglich 9,6 Prozent der Verhandlungsführer in Friedensprozessen. Diese Zahlen spiegeln eine tiefe Systemfrage wider: Wie lässt sich Frieden nachhaltig sichern, wenn zentrale Entscheidungen überwiegend von Männern getroffen werden?

Wir müssen anerkennen, dass es ein tiefgreifendes Missverständnis der Begriffe „Feminismus“ und „Dekolonialität“ gibt. Es geht nicht um Biologie oder Rasse, sondern vielmehr um Machtstrukturen und deren Fortbestehen. Untersuchungen zeigen, dass Kinder circa bis zu ihrem sechsten Lebensjahr ähnlich kooperatives Verhalten zeigen. Doch spätestens ab dann ler-



nen Jungen, was Männlichkeit bedeutet und was von ihnen erwartet wird, so wie Mädchen lernen, sich von außen zu betrachten, anstatt aus sich selbst heraus zu agieren. Die Probleme der Welt sind patriarchaler Natur und alle sind davon betroffen.

„...Irgendwann wurde uns beigebracht, unsere Gefühle zu unterdrücken, anstatt zu lernen, das zu beenden, was uns wehtut.“ – Prentis Hemphill

Wie können wir alle gemeinsam das Patriarchat „verlernen“ und eine Kultur des fürsorglichen Miteinanders entwickeln?

Wir können aufhören, Menschen als Feinde anzusehen, wir können aufhören, von uns und den anderen zu sprechen und eine Atmosphäre der Zusammenarbeit schaffen und wir müssen verstehen, dass niemand stellvertretend den Platz von Frauen einnehmen kann.

Für mich beginnt der Frieden da, wo wir gemeinsam schauen, welche Muster in uns und zwischen uns wirken. Wir sind alle Kinder des Patriarchats, daher geht es nicht um Schuldzuschreibungen, sondern um mitfühlende Aufdeckungsarbeit: wie ist es denn, sich dauernd durchsetzen zu müssen, cool zu sein oder stark? Wie ist es denn, dauernd gut aussehen zu müssen, immer fürsorglich und nett zu sein? Wie können wir uns gegenseitig darauf aufmerksam machen, wenn in einer Runde, die Männer den größten Redeanteil haben oder Entscheidungen treffen, deren Auswirkungen vor allem Frauen treffen? Die Veränderung muss von den Männern ausgehen, die aufgrund ihrer Privilegien z.Zt. die Wirkmächtigeren sind. Nur sie können die Türen öffnen für die Einbindung von Frauen in Verhandlungen, Sicherheitsabkommen und Implementierungsszenarien, für verbindliche Beteiligungsziele und geschlechtergerechte Verhandlungsstrukturen.

Und was uns Frauen betrifft, so hat uns Gisèle Pelicot 2025 den Leitspruch an die Hand gegeben: „Die Scham muss die Seite wechseln.“ Wir müssen aufhören, uns zu schämen, für das was uns angetan wird und laut aussprechen, was nicht in Ordnung ist. Wir können eine starke Schwesternschaft gründen, uns gegenseitig bestärken und gemeinsam unseren Platz einfordern.

Anja Ufermann, MSKv

„Wir müssen aufrüsten für den Wohlstand“

So lautete im März 2024 die Überschrift eines Spiegel-Artikels. Und weiter: „[...] **Der Staat sollte aus dieser Not eine Tugend machen und mit Ausgaben für Rüstung das Wachstum ankurbeln**“ (Spiegel, 14/2024).

Die deutsche Wirtschaft steht unter Druck. Vergleichsweise preiswertes russisches LNG und Pipelinegas stehen kaum noch zur Verfügung. Das Ringen zwischen China und den USA um die zukünftige Führungsrolle in der Welt bleibt zudem nicht ohne Auswirkungen auf die deutsche Ökonomie. Zu einigen Schlüsselindustrien gibt es durchwachsene bis schlechte Zukunftsaussichten. Dazu gehört auch die Automobilindustrie.

(NDR, 13.3.2025)

Rheinmetall-Chef: VW-Werk in Osnabrück gut für Rüstung geeignet

Stand: 13.03.2025 16:39 Uhr

Rheinmetall-Chef Armin Papperger hat das VW-Werk in Osnabrück als "gut geeignet" für die Produktion von Rüstungsgütern bezeichnet. Zuvor hatte sich VW-Chef Oliver Blume offen für eine Umwidmung des Werkes gezeigt.

Der Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine im Februar 2022 war der passende Anlass, die „Verteidigungsfähigkeit“ der Bundeswehr zu überprüfen. Das Ergebnis war keine Überraschung: Es muss zusätzliches Geld für mehr Rüstung bereitgestellt werden. 2024 waren es ca. 89 Mrd. USD und damit doppelt so viel wie vor 10 Jahren. Damit hat sich Deutschland auf Platz 4 „verbessert“, direkt vor Indien mit 86 Mrd. USD. (aus: Statista, 2025). Die Bundesregierung will die Rüstungsausgaben bis 2029 sogar auf 176 Mrd. USD jährlich steigern (Handelsblatt, 28.8.2025)

Können von der Rüstungsindustrie Wachstums-impulse ausgehen?

Handelsblatt

Wie die Rüstungsmilliarden zu Wachstum führen können

Deutschland will viele Milliarden Euro in die Verteidigung investieren. Wie kann die gesamte Wirtschaft profitieren? Zwei Ökonomen geben im Handelsblatt-Gespräch Antworten.

Sophia von Schwanewede, Felix Stippler
28.08.2025 - 18:32 Uhr

Die Experten sind sich dazu keineswegs einig. Die kritischen Stimmen bremsen die anfängliche Euphorie. Im November 2025 berichtete das ARD-Magazin „Monitor“ unter dem Titel „**Deutscher Rüstungsboom: Mehr Schaden als Nutzen?**“. Dort hieß es: „Fachleute sprechen von einem Verdrängungseffekt, der der Wirtschaft mehr schaden als nützen könnte, weil das Geld an anderen Stellen fehle.“

Ein Beitrag der Deutschen Welle (DW) geht noch weiter und zitiert eine aktuelle Studie der Universität Mannheim:

„Rüstungsausgaben sind wie Versicherungen - Woran das liegt, ist nicht schwer zu erklären. Wenn ein Panzer gebaut wird, steht er entweder irgendwo, oder er wird im schlimmsten Fall zerstört. Er schafft keinen volkswirtschaftlichen Mehrwert. **Rüstungsausgaben sind wie Versicherungen. Man schließt sie ab, um im Ernstfall einen Schutz zu haben. Wird die Versicherung nicht gebraucht, ist das Geld aber weg.**

Investiert der Staat hingegen in Verkehrswege, dann können auf diesen Straßen, Brücken und Schienen Güter in Betriebe transportiert werden. Dort kann man aus ihnen Produkte herstellen, die verkauft werden. Werden Kindergärten gebaut, können Eltern arbeiten und Geld verdienen. In Schulen werden junge Menschen für zukünftige Aufgaben ausgebildet.“ (DW, 2.7.2025)

Rüstung ohne Rendite: Warum der wirtschaftliche Effekt ausbleibt

Die geplante massive Erhöhung der deutschen Militärausgaben könnte deutlich weniger zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen als vielfach behauptet. Das zeigt eine neue Studie der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Tom Krebs und Dr. Patrick Kaczmarczyk von der Universität Mannheim.

Pressemitteilung vom 30. Juni 2025

(Universität Mannheim, 30.6.2025)

Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk haben herausgearbeitet, dass jeder staatliche Euro, der in Rüstung gesteckt wird, das BIP lediglich um 50 Cent, jeder Euro, der in Bildung investiert wird, aber um 3 Euro steigert. Nach Meinung der beiden Ökonomen seien Rüstungsausgaben nicht per se unnötig. Die Art und Weise, wie es umgesetzt werde, sei verschwenderisch und nutze eher den Eigentümern und Aktionären von Rheinmetall als der Gesamtwirtschaft.

Ausgaben für Rüstung vernichten Wohlstand

Es ist nicht übertrieben, die immensen Ausgaben für Rüstung als Vernichtung gesellschaftlichen Wohlstands zu bezeichnen. **Dieses Land braucht Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Klimaschutz. Hunderte Milliarden Euro für Rüstung sind nicht nur ökonomisch betrachtet ein Fehler.**

Aktive Gewaltfreiheit – einziger Maßstab der Zivilisation

Unsere globale Lage ist in eine Phase geraten, in der skurrile, fehlgeleitete und selbstgerechte Individuen die Welt in gewalttägliches Chaos stürzen. Alle nachhaltigen Rahmen- und Regelwerke, sogar die UNO, sind bedroht. Diese Herausforderung kann nur mit einem Fokus auf aktive Gewaltlosigkeit bewältigt werden: soweit die eindeutige Botschaft einer Arbeitsgruppe des Munich Peace Meetings, das international zusammengekommen ist, um Erkenntnisse und Impulse für die jährliche Münchener Friedenskonferenz zu entwickeln.

„Jesus, ein unschuldiger Mensch, opferte sich für das Wohl anderer, einschließlich seiner Feinde“, urteilte **Mahatma Gandhi**, während er Christus als „den aktivsten Widerstandskämpfer, den es je gab“ bezeichnete. Ein kleiner, aber bedeutender Teil der Menschheit setzt sich seit jeher aktiv für Gewaltlosigkeit ein, wehrt sich gegen Ungerechtigkeit und strebt nach Frieden. Es gibt reichhaltige Beispiele für kooperative Kreativität, Innovation und schrittweise Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen. Friedensbereite Menschen hinterlassen uns als Erbe Kultur und Zivilisation.

Allerdings gibt es aber auch kleine, aber einflussreiche Teile der Menschheit, die in ihrem Streben nach Macht und Reichtum aktiv Gewalt üben und Kriege vom Zaun brechen. Die Geschichte aller Kriege liefert aber keinen Beweis für irgendeinen Gewinn für irgendjemanden. Jeder Krieg ist eine seelenlose Unternehmung, die Tod bringt.

Die Kleingläubigkeit des „Recht des Stärkeren“

Die Verherrlichung einer muskelstrotzenden Wettbewerbsgesellschaft, die Kleingläubigkeit, die letztlich aus den bombastischen Politiken spricht, haben die Menschheit wieder auf den Weg des Recht des Stärkeren geführt. Auf allen Kontinenten wird die durch mutiges politisches und gesellschaftliches Engagement errungene Freiheit nun durch eine Realität der Zersetzung und Spaltung infrage gestellt, die auf imaginären, rückschrittlichen Narrativen basiert. Eine Handvoll Homo horribilis läutet eine neue Ära der Gewalt ein: es toben Kriege, die bis zum Völkermord herangeführt werden.



Die gute Nachricht ist, dass die sozialen Medien auch den gewaltfreien Aktivismus populär machen: Proteste, Sit-ins, Flottillen und Märsche der Generation Z, die auf der ganzen Welt organisiert werden. Bemerkenswert ist, dass alle Proteste der Gen Z von Anfang an friedlich sind. Einige freilich zerfallen auch nach reaktiver staatlicher Gewalt ins Chaos. Hier zeigt sich die Schwäche eines unvorbereiteten Aktivismus. Während Indiens Kampf um die Unabhängigkeit hätte schon eine geringfügige gewalttätige Reaktion eines Aktivisten, Gandhi dazu veranlasst, die Satyagraha abzubrechen. Er stand darauf, dass der moralische Kompass der gewaltfreien Bewegung beibehalten werden müsse.

Eine Weiterentwicklung der MSC: Berücksichtigung von Mechanismen aktiver Gewaltfreiheit

Es ist wichtig, an der Weiterentwicklung der Mechanismen erfolgreicher aktiver Gewaltfreiheit in heutigen Gesellschaften zu arbeiten. Ekta Parishad, eine erfahrene Organisation in Gandhischer Tradition, hat in Indien dazu Maßstäbe gesetzt. Sie arbeitet mit indigenen Gemeinschaften und unterdrückten Kasten. Ihre Methoden sind Petitionen, Verhandlungen und Protestmärsche zu den Machtzentren. Zunächst einige hundert Dorfbewohner, dann 100.000 landlose Arme, die in 2018 360 Kilometer nach Delhi marschierten: mit nichts weiter als diesen langen Märschen, gut formulierten Petitionen und mitreißenden Liedern konnten sie die indische Regierung dazu bringen, fortschrittliche Gesetze in Bezug auf Land, Wasser und Wald zu erlassen.

Viele solcher Organisationen haben sich dem Kampf für Gerechtigkeit verschrieben. Diese bedeutet nicht nur, die Reichtümer unseres Planeten gerecht zu teilen, sondern auch ein Leben in Würde zu ermöglichen. Aktive Gewaltlosigkeit ist der Schlüssel zu einer dialogischen Beziehung zwischen den Völkern. Um die sechs Prinzipien von Dr. Martin Luther King Jr. zu paraphrasieren: Gewaltlosigkeit ist eine Lebensweise für mutige Menschen, die eine globale Gemeinschaft des Verständnisses schaffen wollen, um Ungerechtigkeit durch Leiden, Liebe und Glauben zu besiegen. Der Glaube an die erlösende Kraft der Gewalt leitet uns dazu in die Irre.

Anuradha Shankar

Ehemalige Generaldirektorin der Polizei, Madhya Pradesh, Indien
Gandhi-Institut und India Peace Builder Forum,
Vorstand Internationale Montessori Vereinigung.
Munich Peace Meeting 2025.



Von Cyberwar zu Cyberpeace - Das Ungleichgewicht zwischen militärischer und friedenslogischer Nutzung der KI überwinden

Weltweit sind die Militärbudgets in den vergangenen Jahren seit 2022 sprunghaft angestiegen, während zivile Konfliktlösungsstrategien, präventive Diplomatie und Friedensinfrastruktur chronisch unterfinanziert bleiben. Gleichzeitig prägen rasche technologische Innovationen in der künstlichen Intelligenz (KI) zunehmend Militärstrategien, Informationsökosysteme und geopolitische Spannungen. Eine neue Friedensethik, die Trends zu einer militarisierten KI mitberücksichtigt, ist dringend erforderlich.

Die Vereinten Nationen haben wiederholt die Notwendigkeit eines umfassenderen Sicherheitskonzepts für Friedenssicherung in dieser Welt betont. Zuletzt am 9. September 2025 im Bericht „*Die Sicherheit, die wir brauchen: Militärausgaben neu ausrichten für eine nachhaltige und friedliche Zukunft*“.¹ Darin unterstreicht UN-Generalsekretär Guterres die enge Verknüpfung von menschlicher, sozialer, politischer, ökologischer und gesundheitlicher Sicherheit und merkte an, dass den Rekord-Militärausgaben derzeit keine entsprechenden Investitionen in Friedenssicherung, Entwicklung oder Resilienz gegenüberstehen, wodurch sowohl die staatliche als auch die menschliche Sicherheit gefährdet werden. Die globalen Militärausgaben erreichten im Jahr 2024 einen Rekordwert, der dringend benötigte Investitionen in Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung, Klimaresilienz, Armutsbekämpfung und die Unterstützung gefährdeter Bevölkerungsgruppen verdrängt und verunmöglicht. Guterres warnt mit ungewöhnlicher Schärfe: „*Die Welt schlafwandelt in eine gefährliche Ära, in der Rekordmilitärausgaben mit einer sich verschlechternden menschlichen Sicherheit einhergehen.*“ Der Appell der UN ist unmissverständlich: „Budgets sind Entscheidungen“, die die moralischen Widerspiegeln müssen.

Die „*Sicherheit, die wir brauchen*“ wird durch die disruptive Technologie der KI verraten

Parallel zu steigenden Militärbudgets schreitet die Militarisierung künstlicher Intelligenz (KI) voran, darunter autonome Zielsysteme, die datengestützte Gefechtsfeldoptimierung. Der SIPRI-Bericht „*KI und neue disruptive Technologien 2025*“² stellt fest, dass über 60 Staaten derzeit militärische KI-Systeme entwickeln, wobei mindestens 20 diese bereits im operativen Einsatz oder in aktiven Gefechtsfeldtests erproben. Der globale Markt für Künstliche Intelligenz (KI) im Militärbereich wurde im Jahr 2024 auf 14,3 Milliarden US-Dollar geschätzt und soll bis 2030 auf 29,0 Milliarden US-Dollar anwachsen, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 12,5 % ent-



spricht. Demgegenüber sind Investitionen in den alternativen Bereich von KI für den Frieden bisher marginal. Dabei gibt es eine Reihe von kleinen Initiativen und Programmen für „*AI for Peace*“, die sich darum bemühen, die Themen von Frieden und Sicherheit im Kontext von KI zu vertiefen und Anwendungsbeispiele in der Logistik, in der Friedenssicherung, in der Konfliktprävention, bei UN-Friedensmissionen und in der Stärkung von Resilienz und Friedensdiplomatie herauszuarbeiten.

Die Münchener Sicherheitskonferenz ist herausgefordert

Die zentrale Überzeugung aus diesen Beobachtungen ist, dass unsere Gesellschaft und die internationale Politik dringend eine Korrektur der gigantischen Fehlallokation finanzieller Mittel für KI benötigt. Das weitgehende Fehlen technologischer und finanzieller Infrastrukturen für Friedensinvestitionen muss durch die Entwicklung einer breiteren Investment-Architektur für „*AI for Peace*“ korrigiert werden. Die Tatsache, dass Militärs auf der ganzen Welt leistungsstarke KI-Systeme entwickeln, während es keine vergleichbare Investorenengemeinschaft zur Entwicklung von KI für Frieden, Friedensvermittlung, Frühwarnsysteme für Konflikte oder globale Risikoanalysen gibt, ist an sich schon ein erhebliches globales Friedensrisiko. Der Anspruch an eine relevante Münchener Sicherheitskonferenz ist es deshalb, in geeigneten Formaten nach Möglichkeiten, Allianzen und praktischen Modellen einer Investitionsstruktur für Forschung, Entwicklung und Anwendung von *AI for Peace* zu fragen.

Prof. Dr. Dietrich WERNER

Humboldt-Universität zu Berlin.

Präsident Globethics Foundation,

Schweiz. Ehemals Leiter der theologischen und ökumenischen Denkfabrik bei Brot für die Welt. Ehemaliger Programm-Direktor des Ökumenischen Rates der Kirchen. Mitglied ThinkTank-Kommission „Religion und Entwicklung“

Alternativen in der Friedens- und Sicherheitsethik:
<https://jeho.globethics.net/article/view/8985/8719>

¹ <https://www.un.org/en/peace-and-security/the-true-cost-of-peace>

² <https://www.sipri.org/media/newsletter/2025-january>; <https://www.sipri.org/publications/2024/eu-non-proliferation-and-disarmament-papers/potentially-revolutionary-impact-emerging-and-disruptive-technologies-and-strategic-conventional>



Die „regelbasierte Ordnung“ des Westens und der Weltfrieden

Rede des kanadischen Premiers in Davos

Die regelbasierte Ordnung ist heuchlerisch, aber keine Lüge

Mark Carneys WEF-Rede wird als rhetorischer Triumph gefeiert – zu Recht.

(Cicero, 23.1.2026)

“My own morality. My own mind. It’s the only thing that can stop me. I don’t need international law.”
(US-Präsident Donald Trump, 10.01.2026).

Die „regelbasierte Ordnung“ knüpft im engeren Sinn an das Völkerrecht und die UN-Charta an, welche klare Regeln für friedliche Kooperation, Souveränität und das Gewaltverbot festlegen. Die UN-Charta bildet hierbei den Kern eines normativen Rahmens, der militärische Machtpolitik begrenzen und Konflikte diplomatisch lösen soll.

“It’s ... a shift towards a world without rules, where international law is trampled underfoot.”
(Emmanuel Macron, Davos 20.01.2026)

Dass sich westliche Staaten weniger auf das Völkerrecht und mehr auf die „regelbasierte Ordnung“ beziehen, hat ihnen häufig den Vorwurf eingebracht, mit Doppelstandards zu hantieren und das Völkerrecht zu verwässern. Während ihre Befürworter betonen, es gebe funktionierende Mechanismen zur Konfliktlösung - die „regelbasierte Ordnung“ als Gegensatz zum „Recht des Stärkeren“ - heben die Kritiker die selektive Anwendung der „Regeln“ hervor. Insbesondere die Länder des globalen Südens sehen in der „regelbasierten Ordnung“ vor allem ein Machtinstrument westlicher Staaten.

Die Rede des kanadischen Premierministers Mark Carney in Davos hat viel Aufmerksamkeit bekommen. Dabei sollte beachtet werden, dass Carney hohe Positionen bei Goldman Sachs und der britischen und kanadischen Zentralbank bekleidet hat. Carneys Rede war in gewisser Weise ein Aufgebot gegen-

über dem US-amerikanischen Imperialismus und gleichzeitig ein Aufruf, die unipolare Weltordnung durch eine multipolare zu ersetzen.

Es überrascht nicht, dass den USA derartige Töne nicht gefallen. US-Finanzminister Bessent hat umgehend reagiert und in einem Statement angekündigt, separatistische Aktivitäten in der kanadischen Provinz Alberta unterstützen zu wollen (BBC, 24.01.2026).

Nicht nur staatliche **Gewaltanwendung**, sondern bereits die **Androhung staatlicher Gewalt**, ist ein Verstoß gegen internationales Recht. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine war völkerrechtswidrig. Wer dies zu Recht kritisiert, darf zur Aggression der USA gegenüber Venezuela, Jemen, Iran und auch Dänemark/Grönland nicht schweigen.

Eine Rückbesinnung auf das Völkerrecht und damit auf die UN-Charta ist zwingend erforderlich. Die fortwährende Missachtung des internationalen Rechts durch die USA, Russland und weitere Staaten, wie z.B. Israel, Türkei, Sudan, Myanmar ist zu verurteilen.

Die „regelbasierte Ordnung“ darf kein „geopolitisches Feigenblatt“ einzelner Länder sein, die sich nur dann auf dieses Regelwerk beziehen, wenn sie darüber die Politik unliebsamer Regierungen anprangern können, bei ihrem eigenen aggressiven Vor-gehen internationales Recht aber permanent ignorieren.

Matthias Linnemann, Co-Vorstand MSKv

Weiterführende Informationen:

<https://www.markus-schall.de/2026/01/regelbasierte-weltordnung-und-völkerrecht-zwischen-anspruch-realität-und-rechtsbruch/>

Ist das Völkerrecht am Ende? Richard David Precht im Gespräch mit Völkerrechtler Prof. Kai Ambos
<https://youtu.be/NT4vGWhCBDk?si=ticDRgr1INc6RGr>

Prof. Jeffrey Sachs’ Rede am 5.1.26 vor dem UN-Sicherheitsrat zum Angriff der USA auf Venezuela:
<https://www.youtube.com/watch?v=l110EFJLw4U&t=115s>

Mittelstrecken-Angriffswaffen in Deutschland – eine gefährliche Eskalation der Bedrohung!

Eine angeblich entscheidende **Fähigkeitslücke** im Aufrüstungskonzept der NATO soll durch die **Stationierung von US-Mittelstreckenraketen** in Deutschland geschlossen werden, um die Abschreckung gegenüber Russland massiv und glaubwürdig erscheinen zu lassen. Dabei gibt es eine solche Lücke gar nicht, das gewaltige Waffenpotenzial zu Land, Wasser und in der Luft rund um den Globus reicht mehrfach für die tödliche Bedrohung, auch ohne diese **neuartigen Präzisionswaffen**.

Geplant wurde das Konzept der **Multi-Domain-Task-Force (MDTF)** bereits 2017 unter Trumps erster Präsidentschaft, also lange vor Beginn des Ukrainekrieges. Weltweit wollen die USA 5 dieser Systeme aufstellen (u.a. in USA, Australien, Deutschland), um im Strategiekonzept der **Multi-Domain-Operations (MDO)** gegen Russland und China erstschlagfähig zu sein. Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem die Stationierung der **US-Offensivwaffen ab 2026** vorgesehen ist, um Russland zu bedrohen.

Quasi so nebenbei hat dies der ehemalige Bundeskanzler Scholz am Rande einer NATO-Tagung in den USA am 10.7.24 mit US-Präsident Biden besprochen und dann entschieden. Wohlberichtet, ohne vorher im Bundestag darüber zu beraten oder gar einen Beschluss herbeigeführt zu haben. Dies ist insofern nicht nur absolut undemokatisch, sondern höchst problematisch und brandgefährlich, weil diese hochmodernen Mittelstreckenraketen (**Tomahawk, SM-6, Dark Eagle**)

1. Offensivwaffen darstellen,
2. extrem hohe Reichweite haben (bis zu 2900km),
3. hochpräzise Treffgenauigkeit aufweisen,
4. teilweise Hyperschallwaffen sind, also mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit fliegen, bzw. sehr niedrig fliegen können und deshalb schwer auszuschalten sind,
5. dadurch extrem kurze Vorwarnzeiten haben,
6. weitgehend KI-gestützt gesteuert werden und dadurch die Gefahr technischer Fehleinsätze besteht,
7. als US-Waffen unter US-Kommando in Deutschland eingesetzt werden,
8. zwar zunächst „nur“ mit konventionellen Sprengköpfen hoher Zerstörungskraft bestückt sind, aber langfristig auch atomar umgerüstet werden können,
9. ein vorrangiges Ziel mitten in Deutschland darstellen (geplant: Grafenwöhr), da sie aufgrund der Gefährlichkeit als Erstschlagwaffen im Falle eines Konflikts auch mit höchster Priorität angegriffen würden,
10. jetzt ohne gleichzeitiges Angebot von Rüstungskontrollverhandlungen stationiert werden, während das bei der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in den 80-er Jahren (Pershing II, „Doppelbeschluss“) der Fall war.

Nach Vorwürfen der Vertragsverletzung durch Moskau traten die USA 2019 aus dem **INF-Vertrag** aus, der den Verzicht auf Mittelstreckenraketen beinhaltete, und verfolgen deshalb mit Nachdruck ihr MDO-Konzept. Was das

für Russland bedeutet, hat **Putin** schon 2022 deutlich gemacht: „*Das nennt man das Messer an der Kehle haben.*“ **Oberst Wolfgang Richter** hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine detaillierte **Studie** zur Stationierung der Mittelstreckenwaffen verfasst und kommt warnend zu der gleichen Einschätzung: „*Mit der direkten Bedrohung strategischer Ziele in Russland von deutschem Boden aus wird nun in einem Konfliktfall Deutschland zu einem zentralen zeitkritischen und vorrangigen Ziel für russische Raketenangriffe.*“

Die Gefahr, die somit von solchen Erstschlagwaffen ausgeht, bedeutet letztlich, dass sie für uns selbst zur Bedrohung werden. Aber offenbar nimmt man dieses Risiko in Kauf, um die Möglichkeit für einen Präemptivschlag zu haben. Ganz unverblümt hat **Claudia Major** (Stiftung Wissenschaft und Politik) sich dazu bekannt: „*So hart es klingt. Im Ernstfall müssen NATO-Staaten auch selbst angreifen können, zum Beispiel, um russische Raketenfähigkeiten zu vernichten, bevor diese NATO-Gebiet angreifen können, und um russische Militärziele zu zerstören, wie Kommandozentralen.*“ Auch der Brigadegeneral **Maik Keller** hat das in einem Interview mit einem Bild ausgedrückt: „*Man muss den Bogenschützen ausschalten, bevor er den Pfeil abschießen kann.*“ Glaubt man wirklich, dass Russland dies tatenlos hinnimmt? **Oberst Wolfgang Richter** sieht dies realistisch: „*Die erwartbare russische Gegenstationierung nuklearfähiger Raketen wird Deutschland einer erhöhten Gefährdung aussetzen ... und das atomare Risiko im Konfliktfall gravierend erhöhen.*“

Angesichts eines derartigen **Wahnsinns**, der zu einer zusätzlichen Bedrohungseskalation führt, gibt es nur eine Konsequenz: Diese **Stationierung muss verhindert werden**. **Brigadegeneral a.D. Erich Vad**: „*...die Stationierung ist aus deutscher und europäischer Sicht nicht akzeptabel.*“ Bis jetzt haben etwa 90.000 Menschen den **Berliner Appell „Friedensfähig statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“** unterschrieben, eine Kampagne, mit der über 40 Gruppen der Friedensbewegung die Diskussion zu diesen brandgefährlichen Plänen in Gang gesetzt haben. Eigentlich müsste sich die Münchener Sicherheitskonferenz vorrangig damit befassen, nachdem nicht einmal im Bundestag darüber geredet wurde.



Erwin Schelbert, MSKv

FRIEDENSTÜCHTIGKEIT IST DAS GEBOT DER STUNDE

Buchbesprechung

Scheidler, Fabian : FRIEDENSTÜCHTIG. Wie wir aufhören können, unsere Feinde selber zu schaffen. Wien 2025

Die zentrale These von Fabian Scheidlers Buch ist der Gedanke, dass die westliche Welt sich in Richtung eines permanenten Krisen- und Ausnahmezustandes entwickelt, indem sie Feinde bekämpft, die sie zuvor selbst geschaffen hat. Auf jeden neuen Konflikt reagiert die Politik mit einem festen Muster: drakonische Maßnahmen – gerade im Bereich öffentliche Meinungsausprägung und Diskussionskultur – und zunehmende Militarisierung. Er verdeutlicht dies fundiert und detailreich an vier Beispielen: Krieg gegen den Terror (nach dem 11.09.2001), Krieg gegen das Virus (Corona-Pandemie), Krieg in der Ukraine sowie Krieg und Zerstörung des Gazastreifens. Ausführlich beleuchtet er jeweils die Vorgeschichte samt Ursachenanalyse und beschreibt den Weg in die teils selbstzerstörerische Eskalation. „Die Verweigerung von Diplomatie schafft Kriegsanlässe, so wie Anti-Terror-Kriege immer neue Terroristen hervorbringen.“ Scheidler zeigt die Gefahr, dass die Politiker grundlegende demokratische und soziale Errungenschaften einer militärischen Logik mit Ausnahmezustand und autoritären Antworten opfern, die sie als alternativlos darstellen.

Das Wort des Jahres 2022, das Olaf Scholz mit dem Begriff „Zeitenwende“ prägte, impliziert die Vorstellung von etwas Unabwendbaren. Niemand stellt mehr die Frage nach den Profiteuren oder den tieferen Ursachen von Kriegen. Die Menschen werden auf „Kriegstüchtigkeit“ getrimmt. Eine gewinnbringende Kriegswirtschaft hat immer Kriegswillige benötigt. Scheidlers Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für das Wahrnehmen von Alternativen, die immer möglich sind. Anhand der oben genannten, vier markanten Beispiele wird stringent und konkret „die Epoche der Zusammenbrüche“ beschrieben. In allen Krisen wurden der Öffentlichkeit immer vereinfachende Narrative geboten, welche die Welt schematisch in gute und böse Handelnde einteilt. Laut Scheidler gilt es aber wahrzunehmen, dass die Zeit der Vorherrschaft des Westens mit seinem Modell „hegemonialer Expansionsbestrebungen“ zuende geht. Die von ihm beherrschte globale Ökonomie hat nämlich inzwischen einen „kannibalischen Charakter“ angenommen, wie es die amerikanische Politikwissenschaftlerin Nancy Fraser formuliert. Der zur Mondlandschaft zerbombte Gazastreifen symbolisiert das in extremer Form.

Mit der Schaffung von Feindbildern und Sündenböcken sowie von Angst gelingt es immer wieder auf vortreffliche Weise von den eigentlichen Herausforderungen unserer Zeit abzulenken: die Bewahrung der Lebensgrundlagen auf unserem Planeten durch eine sozial-ökologische Wirtschaftsweise, die Eindämmung der sich verschärfenden Klimakatastrophe und der Schaffung von stabileren Friedenszonen auf den Kontinenten und zwischen den Ländern, - zum Wohle aller Menschen. Scheidler nennt als Voraussetzung hierfür die Fähigkeit, „die Welt durch die Augen der anderen zu sehen“, und dass „Frieden auf der Erde und Frieden mit der Erde“ untrennbar miteinander verbunden sind.

Zu Recht konstatiert Scheidler, dass „Friedensbewegungen historisch dann besonders erfolgreich waren, wenn sie sich mit anderen Bewegungen verbanden.“ Als aktuelles Beispiel führt er die bemerkenswerte Solidarität von Arbeitern mit der leidtragenden Bevölkerung im Gazastreifen an: In vielen EU-Ländern haben Hafen- und Flughafenarbeiter die Beladung von Schiffen und Flugzeugen bestreikt, die Waffen nach Israel transportieren sollten. Die Potenziale der Friedensbewegung durch ein Zusammenarbeiten mit Menschen, die sich für Ökologie und Klimagerechtigkeit engagieren, sind noch ungehoben.

FABIAN SCHEIDLER

FRIEDENSTÜCHTIG

WIE WIR AUFHÖREN KÖNNEN,
UNSERE FEINDE SELBST
ZU SCHAFFEN



PROMEDIA

Die Lektüre dieses Buches ist wärmstens zu empfehlen, weil anhand der vier exemplarisch analysierten Beispiele Scheidler in einer unbestechlichen Zeitanalyse vor Augen führt, dass zu jedem Zeitpunkt alternative Lösungswege bestanden haben. Gerade der aktuelle Ukrainekonflikt kann gelesen werden als eine Chronik versäumter Gelegenheiten. Friedenstüchtig bedeutet, bewusst und politisch gewollt den Weg der Schaffung gemeinsamer Sicherheit zu beschreiten. Es wäre 1990 definitiv leichter gewesen, aus der selbstzerstörerischen Kriegslogik auszusteigen und in einem Aushandlungsprozess alle Länder in eine Kultur der Kooperation einzubinden. Es ist notwendig, endlich diese Spirale von ökonomischem Niedergang, Zunahme weltweiter Militarisierung und wachsender Gewalt zu verlassen.

Christoph Steinbrink

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten!

*Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.*

*Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!*

Aus „An die Nachgeborenen“ von Bert Brecht



Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchener Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.



Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog.

Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstalter*Innen, Förder*Innen und Teilnehmer*Innen der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus anderen Friedensgruppen und Initiativen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird regelmäßig finanziell gefördert durch die Pax - Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising sowie die Arbeitsstelle Kokon der Evang. - Luth. Kirche in Bayern sowie durch Einzelförderung unserer Projekte. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchener Friedenskonferenz mit und kooperieren mit dem politischen Netzwerk "Rethinking African Security", den Friedensprogrammen von APTE u.a. Wir unterstützen die Kampagne "Sicherheit neu denken" und rufen zur Demo „Stoppen wir den Rüstungswahnsinn“ anlässlich der MSC 2026 auf.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchener Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebete, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle (Mitarbeit) und durch **finanzielle Förderung** geschehen: **Ihre Spende an uns** ist steuerlich absetzbar.

Rückmeldung: Wir freuen uns über Ihre Meinung durch **Rückäußerungen**, auch in kritischer Form!

Termine parallel zur Sicherheitskonferenz

Internationale Münchener Friedenskonferenz
www.friedenskonferenz.info

Freitag, 13.02.2026, 19:00–22:00 Uhr
Kriegsdienstverweigerung als Widerstand
Salesianum, St.Wolgangs-Platz 11, München

Samstag, 14.02.2026, 10:00 -12:00 Uhr
Workshops (u.a.Rüstungsexporte, Theater)
Salesianum, St.Wolgangs-Platz 11, München

Samstag, 14.02.2026, 19:00 -21:00 Uhr
Sanktionen und Boykotte als Mittel von Politik und Zivilgesellschaft
Salesianum, St.Wolfgang-Platz 11, München

Samstag, 14.02.2026, 13:00 Uhr, Stachus-Karlsplatz
Anti-Siko-Bündnis, Gegen Rüstungswahn der Münchener Sicherheitskonferenz www.antisiko.de

Sonntag, 15.2.26, 11:00 bis 13:00 Uhr
Buchlesung, Fabian Scheidler, „Friedenstüchtig“
Salesianum, St.Wolgangs-Platz 11, München

Sonntag, 15.2.26, 16:00 Uhr bis 17:30 Uhr
Unsere Beobachterinnen bei der MSC berichten
Hansa Haus, Briener Str. 39, München

Sonntag, 15.2.26, 18 Uhr
Friedensgebet der Religionen
Hansa Haus, Briener Str. 39, München

Beten für den Frieden während der Sicherheitskonferenz 14.2.26, 11-18 Uhr Bürgersaalkirche 16 Uhr dort Friedensgebet Pax Christi/MSKv

Impressum: Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Matthias Linnemann, Katharina Rottmayr-Czerny

Die Artikel bringen jeweils die persönliche Meinung der Autorin/des Autors zum Ausdruck.

Marsstr. 5, 80335 München, Telefon 089/72447143, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.1.2026 , Auflagehöhe: 900 V.i.S.d.P. Erwin Schelbert

Pax-Bank für Kirche und Caritas eG , IBAN DE 05 3706 0193 0030 9050 08, BIC GENODED1PAX

Druck: Druckwerk GmbH, München, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral